

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonntag und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung zu Hause für Preuß.-Berlin 5,50 M. im Voraus zahlbar, bei Postbestellung monatlich 5,50 M. ggf. Zustellungsgebühr. Im Ausland unter Zustellung 6,75 M. (Deutschland und O. A. S. 12), für das übrige Ausland 12.- M. jährlich Vorauszahlung.

Verantwortl. und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-30, 2895 und 2896.

Die achtspaltige Korrespondenz oder deren Kurze, sowie jede Wort-Änderung, als auch die Korrekturen und Organisationsanzeigen werden laut aufgegebenem Zeitplan bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 533-30, 2895-96, 9769

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Stunde der Entscheidung.

Bereits in unserer heutigen Morgenausgabe schreiben wir, daß der Ton und der Inhalt der Ausführungsbestimmungen des Generals Watter keinen Zweifel an seiner Absicht lassen, das Diefelder Abkommen unter allen Umständen als unerfüllbar zu erklären, um den Vorwand für den Einmarsch des Militärs zu erhalten. Der General hat aber nicht nur völlig unerfüllbare Forderungen gestellt, sondern auch Forderungen, die einen frechen Bruch des Diefelder Abkommens bedeuten. Punkt 9 dieses Abkommens bestimmt ausdrücklich, daß die bestehenden Vollzugs- und Aktionsausschüsse in Gemeinschaft mit den Gemeinden und den Behörden die Ordnung aufzustellen und die Waffenabgabe zu regeln haben. Der tollwütige General aber will das Weiterbestehen von Vollzugsräten als einen Grund für den Einmarsch der Truppen ins Ruhrgebiet ansehen.

Für diesen Bruch des Diefelder Abkommens aber ist nicht mehr der General allein verantwortlich, sondern die gesamte Reichsregierung. Anstatt den auf den Konflikt offen zustehenden General abzurufen, daß Ultimatum zu verlängern und neue Verhandlungen anzubahnen, um dadurch die Möglichkeit zu einer Verständigung zu schaffen, hat sie das von allen Arbeitern als unerfüllbar bezeichnete Ultimatum ausdrücklich gebilligt. Gestern in später Abendstunde ist dem Wiener Vollzugsausschuß auf das Waffenstillstandsangebot des Zentralrats folgende telegraphische Antwort der Regierung zugegangen:

Weitere Verhandlungen mit Rücksicht auf die Diefelder Bestimmungen und Lage im Ruhrgebiet unmöglich. Erfüllung der von der Reichswehr gestellten Bedingungen ist die einzige Lösung. Siehe neue Veröffentlichung des Wehrkommandos 6. Mit Rücksichtigung. Freisprechung. Bis Dienstag mittag.

Der Reichsminister, gen.: Müller.

Das ist die denkbar schärfste Provokation der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes, die in völliger Einmütigkeit handelt und die nun in den Generalstreik getreten ist zur Abwehr der drohenden Gefahren. Auch der „Vorwärts“ erklärt die Watter'schen Ausführungsbestimmungen für gänzlich unmöglich und verlangt die Zurückziehung seiner Verordnung und die Fristverlängerung des Ultimatum. Die Regierung hat sich über diesen einmütigen Willen der Arbeiterschaft hinweggesetzt, sie hat die Verständigungsmöglichkeit verhindert, auf ihr ruht deshalb die volle Last der Verantwortung, die durch diesen Konflikt nicht nur für das Ruhrgebiet, sondern für ganz Deutschland heraufbeschworen wird.

Die Erregung in der Arbeiterschaft ist ins Riesenhafte angeschwollen und kaum noch zu zügeln. Aus allen Teilen des Reiches laufen Sympathieunterstützungen ein, die den ersten und unerlöschlichen Willen erkennen lassen, nicht tatenlos zuzusehen, wenn unter der Maske der Wiederherstellung von Ordnung und Ruhe ein neuer sozialrevolutionärer Aufmarsch gegen die Arbeiterschaft beginnt. Denn darum handelt es sich jetzt! Es ist der Versuch der geschlagenen Militaristen, sich wieder in den Sattel zu setzen und es sind die Helfershelfer, die die Regierung diesem Beginnen leistet, die die gesamte Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf ihre politische Anschauung zu geschlossener Einmütigkeit veranlaßt.

In den Augenblicken, in denen diese Zeilen geschrieben werden, läuft das Ultimatum ab und es kann das unheilvolle Verhängnis keinen Anfang nehmen. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat in letzter Stunde nochmals ihren Warnruf erhoben. Auf ihre Veranlassung findet gegenwärtig eine neue Beratung des Gewerkschaftsbundes, der A. A. des Beamtenbundes mit den politischen Arbeiterparteien statt. Auch der Parteiausschuß der Rechtssozialisten ist zu einer Tagung zusammengetreten.

Von diesen Körperlichkeiten erwartet die Arbeiterschaft ganz Deutschlands, daß sie den drohenden Einmarsch der Truppen in das Ruhrgebiet mit seinen unabsehbaren Folgen verhindern wird. Wenn diese Körperlichkeiten mit der selben Einmütigkeit, mit der sie den Generalstreik gegen Kapp und Rüttow durchgeföhrt haben, jetzt der Regierung Müller ihren entschlossenen Willen bekunden, den Aufmarsch der Konterrevolution im Ruhrgebiet nicht zu dulden, dann muß die Regierung diesem Verlangen entsprechen. Geht es nicht, dann gibt es für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands nur die eine Möglichkeit, durch den allgemeinen

Generalstreik der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes zu Hilfe zu eilen.

Eine Erklärung des Reichsministers.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung gab der Reichsminister Hermann Müller folgende Erklärung ab:

Es sind aus dem Ruhrrevier eine Reihe von beunruhigenden Nachrichten gekommen. Gestern habe ich den Wunsch ausgesprochen, daß es in Rheinland-Westfalen zu einer politischen Entspannung kommen würde, und ich glaube, daß dieser Wunsch auch heute noch erfüllbar ist. Im Ruhrgebiet herrscht deswegen Erregung, weil man glaubt, daß die Regierung mit härtesten militärischen Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft vorgehen wolle. In einer Reihe von Städten, wie Elberfeld, Essen usw. ist bereits der Generalstreik proklamiert worden.

Gestern abend hat eine Kabinettsitzung stattgefunden, die beschlossen hat, daß der Reichswehrminister dem Militärbefehlshaber strikte Anweisung geben soll, alle nötigen Schritten zu vermeiden. Wenn Truppen verwendet werden sollen, dann sollen nur verfassungstreue Truppen genommen werden. Wenn es in einer Erklärung, die uns aus Elberfeld zugegangen ist, behauptet wird, daß ich die vollziehende Gewalt solchen Generälen und Offizieren übertragen habe, die nach Arbeiterblut lechzen, so muß ich das als unrichtig zurückweisen. Die Regierung will alles tun, um jedes unnötige Blutvergießen zu vermeiden. Es ist Anweisung gegeben worden, daß jeder Truppenbewegung eine Verständigung über mit den Verantwortlichen vertrauten Zivilkommissaren vorzugehen soll, die auch Aufklärung verbreiten sollen. Der Bevölkerung wird mitgeteilt, daß hinter den Truppen Nahrungsmittel heranrollen, denn die Nahrungsmittellage ist fürchterlich.

Es ist behauptet worden, daß wir übertriebene Greuelnachrichten verbreitet hätten und daß wir uns in Elberfeld bei der rechtssozialistischen Partei Unterstützung darüber holen könnten. Der Reichsminister verliest nun ein Flugblatt, das von der S. P. D. und der U. S. P. D. unterschrieben worden ist, in dem es heißt, daß der Kampf gegen den Kapp-Bußch in seinem weiteren Verlauf furchtbare Folgen gehabt habe. Unverantwortliche Elemente, die Kommunisten sein wollen, üben Terrorismus aus, der schlimmer ist, als der weiße Schrecken. Es werden Lebensmittel aller Art geraubt und beschlagnahmt, die an Marodeure hinter der Front verteilt werden, von der Reichsbank seien große Summen erpreßt worden. Das sei ein Beweis dafür, daß die Mittelungen der Regierung keine Uebertreibung enthalten hätten.

Zuwichen ist ein Umstand eingetreten, der uns erleichtern wird, in zweckmäßiger Weise vorzugehen. Die französische Regierung hat sich erfreulicherweise damit einverstanden erklärt, daß Regierungstruppen in das besetzte Gebiet einzürücken. Es wird der deutschen Regierung ein Spielraum von 2 bis 3 Wochen gelassen. Ich glaube, daß diese Frist genügen wird, um die verfassungsmäßige Ordnung wieder herzustellen, da bekannt ist, daß der großen Masse der Arbeiterschaft das durchaus erwünscht ist. (Ruf der Genossin Ried: „Die Arbeiterschaft wird allein Ordnung schaffen.“) Diese Frist wird genügen, wenn das Entgegenkommen der französischen Regierung überhaupt ausgenutzt wird. Jedenfalls haben wir große Bewegungsfreiheit. Aber vielleicht werden wir anders vorgehen, als gestern geplant war. Alle Operationen werden im Einverständnis mit Severing vorgenommen, der sich unverzüglich wieder nach dem Ruhrgebiet begeben hat.

In Rheinland-Westfalen herrscht ungeheure Aufregung, weil der General Watter Ausführungsbestimmungen erlassen hat, die in der gestellten Frist unerfüllbar sind. (Ruf: Ueberhaupt nicht erfüllbar!) Watter hat bereits Modifikationen dazu erlassen. Die Arbeiterschaft soll nur den guten Willen zeigen, daß sie die Waffen niederlegen will. Jedenfalls wird die Reichsregierung alle Bestrebungen forsieren, damit keine Komplikationen entstehen. Hoffentlich wird auch die Arbeiterschaft sich so bewähren, wie sie es bisher getan hat, denn sie muß sich dessen bewußt sein, welche außerordent-

liche Bedeutung das Ruhrrevier für das ganze deutsche Wirtschaftsleben hat. Wenn in der von der Regierung geplanten Weise vorgegangen wird, dann ist eine Entspannung in kurzer Zeit zu erwarten.

Die Erklärung des Reichsministers ist durchaus nicht befriedigend. Die von ihm ausgesprochene Hoffnung, durch die wesentlich zur Besserung der Lage beitragen, können wir in keiner Weise teilen. Nichts anderes ist von ihm in Aussicht gestellt, als einige schön Worte an die Bevölkerung. Es soll aber sowohl bei dem Einmarsch der Truppen verbleiben, wie bei dem Ultimatum des Generals Watter mit seinem Bruch des Diefelder Abkommens. Mit Hilfe der französischen Regierung, deren angebliche Gelobnis zum Einmarsch deutscher Truppen ins Ruhrgebiet die deutsche Regierung gehoramt beugen will, soll die Arbeiterschaft das militärische Regiment neu über sich hereinbrechen lassen. Das wird und kann die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes nicht dulden. Bis den jetzt erlassenen Generalstreik im Ruhrgebiet, der das ganze deutsche Wirtschaftsleben zu gerüttelt broht, trägt deshalb die Regierung die volle Verantwortung.

Zum Generalstreik bereit!

Die Arbeiterschaft Berlins verfolgt mit größter Spannung die Bewegung dort und steht ganz bereit. Bei Truppeneinmarsch Generalstreikproklamation. Vollversammlung revolutionärer Betriebsräte heute abend Lüchowbräcker, Prenzlauer Allee. Erbitten dafür definitiven Bericht über Lage.

Der Aktionsausschuß der revolutionären Betriebsräte Groß-Berlins.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Frankfurt a. M., 30. März.

Die Obleute der Frankfurter Betriebe sowie das Gewerkschaftsamt von Frankfurt a. M. und Umgegend haben gestern in getrennter Beratung beschlossen, beim Einmarsch von Reichswehrtruppen in das Ruhrgebiet sofort in den Generalstreik zu treten.

Heute vormittag findet eine gemeinsame Verhandlung zwischen der U. S. P. D. und der S. P. D. statt, um alle Maßnahmen für die sofortige Durchführung dieses Beschlusses zu treffen.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Breslau, 30. März.

Der Vollzugsausschuß für Schlesien, der sich aus Vertretern der U. S. P. D., S. P. D., R. P. und der Demokraten zusammensetzt, hat ein Ultimatum an die Regierung gerichtet, in dem er die Zurückziehung des Ultimatum an die Arbeiterschaft in Rheinland-Westfalen fordert. Eine Abordnung des Vollzugsausschlusses ist nach Berlin gereist, um der Regierung dieses Ultimatum zu überbringen. Wird dem nicht Folge geleistet, dann steht der Vollzugsausschuß die Verantwortung für alles weitere ab. Der Generalstreik für ganz Schlesien dürfte dann die Folge sein. Auch die Eisenbahner haben eine Abordnung nach Berlin geschickt, die von der Regierung die sofortige Entlassung aller reaktionären Beamten verlangt und die sofortige Entlassung aller reaktionären Beamten verlangt und ihre Entsetzung durch andere. Wird diese Forderung nicht erfüllt, so steht der Ausbruch des Generalstreiks der Eisenbahner in sicherer Aussicht.

Gespannte Lage in Schl. swig.

Riel, 30. März.

Die Arbeiterschaft Schleswig-Holsteins ist außerordentlich beunruhigt über das ständige Anwachsen der reaktionären Truppenmassen im Lockstedter Lager, das nördlich von Hamburg in der Nähe von Jochow liegt. Die Truppen erfahren dort ständige Zusätze, zuletzt durch die Marinebrigade Löwenfeld, die entgegen den Abmachungen mit der Arbeiterschaft mit voller Ausrüstung in das Lager abgezogen ist. Die Arbeiter Schleswig-Holsteins, die bewaffnet sind, haben an die Regierung die Forderung gestellt, daß das Lager innerhalb kürzester Frist geräumt wird, sonst würde sie selbst dafür Sorge tragen, daß das geschieht.

Eine demokratische Wehrmacht.

Das Wehrgesetz in Deutsch-Oesterreich.

Die Nationalversammlung in Wien hat eben ein Problem gelöst, das auch in Deutschland den bedeutungsvollsten Teil der aktuellen politischen Fragen bildet: die demokratische Organisation der Wehrmacht. Nachdem das System Kosske so elend Schiffbruch erlitten hat, wird auch die deutsche Armee auf neuer Grundlage aufgebaut werden müssen, denn alle Fiktionen und Keimen Verbesserungen helfen nichts, wenn nicht ein Aufbau nach völlig veränderter Methode erfolgt, ganz abgesehen davon, daß geringe Reformen nur den Zweck haben würden, das eigentliche Uebel, den altpreussisch militärischen Charakter des Heeres zu erhalten. Deutsch-Oesterreich ist gewarnt durch die Erfahrungen, die das deutsche Proletariat mit dem System Kosske gemacht hat — sie datieren nicht erst vom 18. März —, eigene und andere Wege gegangen. Damit zugleich bewiesen ist, daß die durch den Friedensvertrag gegebene Grundform des Söldnerheeres einer demokratischen Heeresverfassung durchaus nicht im Wege steht, denn sie ist Deutsch-Oesterreich genau so aufzuzwingen, wie Deutschland. Nicht daran hat es gelegen, wenn es in Deutschland möglich war, eine Armee aufzurichten, die in ihrem inneren Wesen ganz der Armee der preussischen Könige glich, sondern das Unvermögen und die Feigheit Kosskes sind der Grund. So gemein und brutal dieser Mann der Arbeiterklasse entgegentrat, so erbärmlich wich er zurück vor den Ansprüchen der Offiziersklasse. Er hat mit überbäusstem Eifer die Armee entpolitisiert, aber er hat es nicht gewagt, das Offizierskorps zu entpolitisieren, sondern hat es gebildet, daß das Offizierskorps zur Brutstätte hochverräterischer Treibereien wurde, denen die im Stadabergeschorn gehaltenen Soldaten willige Werkzeuge waren. Von neuem dokumentiert dieser Mann in einer Folge von Rechtfertigungsartikeln, die ebenso lang wie hilflos und inhaltslos sind, sein völliges Unvermögen, seine kühnbühnenhafte Kenntnislosigkeit auf dem Gebiet, das ihm anvertraut war.

Wie es hätte gemacht werden müssen, das zeigt jetzt das Wehrgesetz in Deutsch-Oesterreich. Es legt vor allem peinlichen Wert darauf, daß den Soldaten alle politischen Rechte sowie die Möglichkeit zu ihrer Ausübung gesichert werden. Das Gesetz leitet den Fluß des politischen Willens und Strebens der breiten Massen des werktätigen Volkes nicht von der Auserne ab, kreiert die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, sondern trägt Sorge, daß die Soldaten als Staatsbürger an der Schicksalsbestimmung des Gemeinwesens mitbeteiligt bleiben. Ist so der Soldat Bürger eines freien Staatswesens und mit allen Rechten und Pflichten eines solchen ausgestattet, so wird das Heer als Bestandteil der Organisation des Gemeinwesens niemand sein Feind, sondern eine Garantie für keinen Wandel sein.

Das österreicherische Wehrgesetz schafft ferner in den Soldatenräten Organe, die dafür sorgen, daß der Soldat auch innerhalb des Heeres seine Rechte gewahrt sieht und niemals stummes Objekt der Befehlsgewalt des Vorgesetzten wird.

Die Soldatenräte überwachen nicht nur alle wirtschaftlichen Angelegenheiten der Truppe, sondern nehmen entscheidenden Anteil an der Handhabung der Disziplinargewalt. Dem Offizier verbleiben nur geringe, völlig bedeutungslose Modalitäten zur selbständigen Verhängung von Ordnungsstrafen, die die persönliche Freiheit des Untergebenen unberührt lassen. Ferner verbleibt ihnen nur das Gebiet der militärischen Organisation.

Wir haben bereits vor einigen Tagen in einem Artikel darauf hingewiesen, daß auch bei uns eine vollkommene Umbildung der Heeresorganisation nach solchen Grundzügen brennend notwendig ist, wenn die Armee fernzeitlich kein Instrument der Gegenrevolution mehr sein soll. In Oesterreich wird der einzig mögliche Weg nun

durch praktische Maßnahmen der Gesetzgebung beschritten. Wir vermessen an dem neuen Wehrgesetz nur Bestimmungen, die dem Soldaten den Aufstieg in die höheren Vorgesetztengrade nach Maßgabe seiner Fähigkeiten ermöglichen. Auch das muß durch die Wahl der Vorgesetzten durch die Truppe möglich gemacht werden.

Nebenfalls empfehlen wir dem neuen Reichswehrminister die in Deutsch-Oesterreich gegebene Anregung zur ernsthaften Nachachtung.

Die dabei gewesen sind . . .

Den größten Mund haben gewöhnlich die, die am wenigsten geleistet haben. Dies bestätigt jetzt die demokratische Presse unter Führung des „Berliner Tageblatt“, die nicht genug rühmender Worte für die Verdienste des Bürgertums bei der Niederwerfung des Kapp-Putschs finden kann.

Man kann diesen parteipolitischen Trick verstehen, denn es gilt durch Herausstreichung der Verdienste des Bürgertums den Boden zu schaffen für die Sabotage der mit den Arbeitervertretern geschlossenen Vereinbarungen, deren Erfüllung vor allem von den demokratischen Wortbrechern verhindert wird.

Wir verkennen keineswegs die Tatsache, daß ein Teil des Bürgertums durch seine Haltung die Abwehraktion gegen die Kappisten gefördert hat. Wir vergessen aber nicht, daß zahllose Elemente des Bürgertums durch ihre zweideutige oder direkt feindselige Haltung den Arbeitern in den Rücken fielen, und daß der Minister Schiffer, der Vertreter der Demokraten in der Kapp-Regierung, durch seine Verhandlungen mit Kapp direkten Verrat an den kämpfenden Arbeitern geübt hat.

Ebene Demokraten, die jetzt aus durchsichtigen Gründen den Mund so voll nehmen, wollen das alles nicht wahr haben. Deshalb entrüstet sich das „Berl. Tageblatt“ ganz gewaltig über die Äußerung S. v. Gerlach, daß Bürgertum habe nichts oder ja gar nichts, die Arbeiterklasse überwältigend Großes zum Schutze der Republik geleistet.

Das Moskeblatt bezeichnet diese Äußerung als eine wahrheitswidrige Schmeichelei an die Arbeiterschaft, und es sucht Herrn v. Gerlach herabzusetzen, indem es ihm vorwirft, er sei „nicht dabei gewesen“, während sich die politischen Vertreter des demokratischen Bürgertums und die höheren Beamten der Gefahr ausließen, „auf dem Potsdamer Platz erschossen zu werden“.

Alle Hochachtung vor den liberalen Selben, aber dennoch bezweifeln wir, daß auch der rabiateste Volkstümer sich etwa an Herrn Schiffer oder an Herrn Theodor Wolff vergriffen hätten. Herr v. Gerlach hat sich durch seinen mutigen Kampf gegen den Kosskemilitarismus und die monarchistischen Konterrevolutionäre den ehrenvollen Lohn dieser Kreise zugesprochen, die ihn, neben zahlreichen Sozialisten, auf die Märkerliste setzten, und die schon von dem Kapp-Putsch die Volkstümer zu tätlichen Angriffen gegen ihn aufputzten.

Wer jetzt Herrn v. Gerlach vorwirft, daß er beim Kampf „nicht dabei gewesen“ sei, beweist nicht nur eine erstaunliche moralische Minderwertigkeit, sondern auch eine bemerkenswerte Feindschaft liberal „mit dabei zu sein“, wo es gilt, die Früchte eines Kampfes zu genießen, den — andere ausgefochten haben.

Stimmungsmache.

In der bürgerlichen Presse wird in tendenziöser Aufmachung ein Bericht über die gestern stattgefundene Versammlung der Betriebsräte der Metallindustrie verbreitet. Vor allem wird darauf hingewiesen, daß in der Debatte beantragt wurde, bei einem neuen Generalkrieg die Gas- und Wasserwerke der westlichen Stadtteile zu sabotieren, damit die Reichen auch einmal die Not kennen lernten. Es wird aber geflissentlich verdrängt, daß Genosse Maljahn als Berichterstatter des Aktionsausschusses der Forderung nach Sabotage ent-

gegentrat. Er betonte auch ausdrücklich, daß man nicht leichtsinnig einen bewaffneten Kampf wagen dürfe; dazu sei das Arbeiterblut zu schade.

Komödienpiel.

Die Hochverräter um Kapp und Lüttich, gegen die jetzt ein Steckbrief erlassen wurde, haben genügend Zeit gehabt, um sich aus dem Staube zu machen. Sie verdanken ihre gelungene Flucht den guten Verbindungen, die sie zu allen zivilen und militärischen Dienststellen unterhalten. Und diese Verbindungen sind bisher noch nicht durchschnitten worden. Sie funktionieren noch so tadellos wie zu der Zeit, als unter Kosske und Lüttichens Auge der Märker Rosa Lugemburg, Oberleutnant Vogel, sich der Strafe entzog. Lüttich und Kapp hatten es noch leichter. Sie wählten den Luftweg nach Dänemark, und wie vorzüglich die Abreise geklappt hat, das mag aus folgender Zukunft erselien werden, die die „Berliner Volkszeitung“ veröffentlicht:

„Am Morgen des Tages, an dem die Kapp-Regierung abgedankt hatte, fuhr in aller Frühe, ein Automobil mit zwei Ministern der Abenteuerregierung bei der Deutschen Luftkaserne in Johannishof vor. Die Kaserne war ansonsten schon informiert, denn es war schon ein Flugzeug startbereit. Die Herren wurden von dem Chef der Firma, einem Hauptmann Keller, sehr dienstfertig empfangen und zu dem bereitstehenden Flugzeug gebracht. Darauf stiegen sie beiden ein, und der Hauptmann drehte noch höchst eigenhändig den Propeller an. Das Flugzeug fuhr dann ungeführt nach Bornemünde. Während dieses Vorganges beschäftigte sich die auf dem Platz stationierte Luftpolizei angelegentlich mit einem zweiten Flugzeug, ohne sich auch nur mit einem Blick um die abreisenden Herrschaften zu bekümmern. Die Polizei muß gleichfalls von der Flucht informiert gewesen sein; denn anders ist das absichtliche Herablassen der Beamten nicht zu erklären.“

Komödienpiel! Polizei und Verbrecher stehen unter einer Dede. Und das gleiche Schauspiel wird sich totfächer wiederholen, wenn der eine oder andere Verbrecher vor dem Richter erscheinen sollte. „Ohne“, wie in München, wird es da kaum geben. Kann man den Hochverräter „vaterländische“ Hymnen herlesen lassen und der nationalstische Rob wird ihnen am Ende noch Kränze stecken.

Das Ständrecht.

Berlin, am 14. März.

Die den Militärverordnungen mündlich oder schriftlich erteilte Vollmacht, Verhängung der auf Grund des Artikels 45 erlassenen Ausnahmemaßnahmen nach eigenem Befinden bei Gefahr im Verzuge eintreten zu lassen, insbesondere Standgerichte einzusetzen, wird zurückgezogen. Standgerichte werden nur in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Kassel, Berg und Münster, sowie im Bezirk der Reichswehrbrigade 11 (Westfäl. Thüringens usw.) besetzt. Auch hier werden dieselben, sobald es die Lage gestattet, aufgehoben werden.

Das Ständrecht bleibt also auch für das Ruhrgebiet bestehen. Die regierenden Militärs wollen sich diese Waffe nicht aus der Hand winden lassen, weil sie für die erlittene Niederlage im Ruhrgebiet Rache an der sozialistischen Arbeiterschaft nehmen wollen. Ebert und Seeber, die den Erlaß herausgegeben haben, leisten ihnen dabei Folge.

Die Hebergriffe militärischer Organisationen müssen sofort der Besonderebehörde übermittle werden, damit sie untersucht und geahndet werden können. Die Besonderebehörde unter Leitung des Oberleutnants Erdmann ist jetzt vom Reichswehrgebäude nach Unter den Linden 7/8 verlegt worden. Wir können den Genossen die Benachrichtigung der Besonderebehörde von allen geschwindigen Maßnahmen der Militärs usw. um so dringender anraten, als ihr Genosse Dr. Cohn angeht.

Aufstellung der rumänischen Kammer. Noch einer Erwähnung aus Bukarest wurde die rumänische Kammer aufgestellt, weil der Führer der siebenbürgischen Partei von dem Ministerpräsidenten General Averescu verlangte, daß er das Programm der siebenbürgischen Partei ausführe, sonst werde sie, die die Mehrheit im Parlament besitzt, ihn nicht unterstützen.

Der weiße Heiland.

Zur Aufführung im Großen Schauspielhaus.

Von den bunten, manchmal kalten, dann wieder heiß aufblühenden Bildern und Szenen des Gerhard Hauptmannschen Wehrdramas, das, wie schon kurz berichtet, erfolgreich seine Aufführung gefunden, bleibt vor allem die unendlich schmerzreiche Gestalt des leidgedrönten Mexikaners Montezuma haften. Drama hin, Historie her: Hier geht der Schrei eines Dichters aus blutiger Erde in den Himmel. Das exotische Gewand der Vergangenheit fällt ab und Jammer und Jubel, Sehnsucht und Verzweiflung auch des heutigen Menschengeschlechts umfassen uns. Mag seinen kritischen Uebermut an Vollständigkeit und trostlich fassen, bisweilen nüchternen Versen dieser dramatischen Phantasie ausfallen, wer Kumpf und auch und feindlich ist dieser außereuropäischen Welt der Liebe und Gewalttätigkeit, dieser Mexikoglorie eines Kataklysmen, der mit seinem Betreten schändlich hinergerungen und hingemuehelt wird. Zu spät erkennt er, daß die „Christlichen“ Orden des in Mexiko einbringenden Westindienfahrers Hernando Cortez keine Sonnensöhne, sein weißer Heiland, sondern der weiße Satan, der weiße Schrecken sind. Dieser göttige, menschengläubige „Heide“ stirbt am Kreuz goldgeringer Henkerknechte. Aus seinem messianischen Stöhnen religiös-romantisch-historischer Verzückung erwacht, spürt er wie „Egon“ (dem indischen Gatten) noch im Lobe den grausamen Weissen und Verachtung ins Gesicht. Man meint, Europa müßte zusammensinken, wenn es nicht gar zu sehr in schamlos niederträchtiger Ueberbedung und Besudelung verkommen wäre. Das geringe Raubgehirn hat auch heute noch bei seinen imperialistischen Verwegen mit pläffischer Unterstüßung „Gott“ und „Vaterland“ im Munde, wenn es mit Pest und Furcht die Welt in Gold und Genuß erdören will, den Weiß schändet und alte reiche Kulturen plündernd vernichtet.

Gegen diesen „Heiden“ Montezuma, der von dem Heilandsgott selbsterfüllter Menschenliebe erfüllt ist, wie sie uns Gerhard Hauptmann in seinen schönsten Gestalten immer wiederkehrend findet, mögen sie emanuel. Quint, der „Kerr in Christo“ oder „Bäcker Gottwald“ und „Dannele“ oder sonstwie heißen, verblaffen die übrigen Personen der Dichtung teilweise zu bloßer Stoffe, selbst Hernando Cortez. Aber wir halten und an die brauende und fliegende Bergmelodie des Montezuma-Dramas, der den Heilandsgott Hauptmann am reinsten und Mühendsten offen-

bart. Von hier aus läßt uns dieses im Weimer! sprachlich und dramatisch unvollkommene Gedicht auf neues hohes und verdrautes Wirken seines Schöpfers hoffen.

Die elf Szenen der Buchausgabe (die soeben bei S. Fischer, Berlin, erschienen ist) wurden in acht zusammengezogen, wofür mit Zustimmung Gerhard Hauptmanns, der neben Karlheinz Martin die Regie führte und von künstlerischem Beistand oft gerufen wurde. Die Aufführung, technisch noch etwas unfertig, gab in der Arena malerische, wenn auch manchmal etwas große Bühnenbilder nach Entwürfen von Ernst Stern. Von dem farbenprächtigsten mexikanischen „Benedig auf dem Mond“, dem auf die heidnischen Tempeltänze herabschauenden Berg Popocatepetl und anderen Visionen bekam man freilich nur schwache Andeutungen. Aus diesem uralten Kulturkreise gibt übrigens Edward Stueben dreibändiger Roman „Die weißen Götter“ (Verlag Erich Reich, Berlin) erschöpfende Kunde. Auch die Bühnenmusik Max Marschalls sucht mit Klänge und Schlagzeug aller Art zweideutlich den exotischen Charakter zu wahren. Wie von einem Taumel ergriffen, über alle Maßen aus sich herauswachsend, war Alexander Moissi als Montezuma. Eine schauspielerische Höchstleistung von angespanntester Seelenkraft bis zum letzten Atemzug. Wie er mit jeder Faser bebend, trippelnd und wiegend, wie ein pfeildurchschossener Vogel kläglich auf der Erde kämpfte, um alles betrogen die hartberzigen Räuber und Verräter mit großen Augen anstarrte und fragend ins Leere blickte, die Arme unbeschoren wie blutige Flügel schließen läßt, das alles ist unnahbarlich, unanschaulich und im tiefsten wahrenhaft erlebt. Dichter und Darsteller gingen hier völlig ineinander auf. In einzigem Abhand hielten im Carl Fannings (als Cortez) glanzlos in der heroischen Pose des härtebig heimtückischen Begleiters und Hülfings, Paul Fange ein blonder junger Mann von laffendem Geblüt, Josef Klein, ein grimmer indianischer Wermolt, Ferdinand Gregori ein weißer Sprecher, Emma Ralph und andere, bei denen, besonders im Gefolge des Cortez, manches sich auch noch auszeichnen und besser abgeben muß. Vollendet war auch in plastischer Hinsicht die Szene, wo die christlichen Schinderknechte den Heidenkönig wie am Kreuz umdrängen und diesen armen Heiligen marternd verbrennen. Erich Baron.

In der Volksbühne wird Kleists „Räuber von Heilbronn“ mit Charlotte Schult in der Titelrolle vortrefflich.

Einführung in die Relativitätstheorie. Im Konvention-Band begann Dr. Werner Koch den auf drei Abende berechneten Vortragskreis über die Einführung in die Relativitätstheorie. Der Referent ging zunächst auf die Eigenart der theoretischen Physik ein, deren Aufgabe die Aufstellung von Hypothesen und Theorien, die der experimentellen Physik dann zur Prüfung überwiesen werden. Sodann behandelte er in allgemeiner verständlicher Form jene Grundbegriffe der Physik, deren Kenntnis für die spätere Entwicklung unentbehrlich ist, so insbesondere die Bedeutung des Koordinatensystems für die Physik, und zeigte, daß für die mechanischen Vorgänge allein bereits eine Art von Relativitätsgleichgültigkeit hat, insofern es nicht nur ein Erdem ist, in dem die Newton'schen Gesetze für die Mechanik gelten, sondern sehr viele, die alle gleichberechtigt sind. Der Vortrag wird Mittwoch, den 31. März, abends 7 Uhr in der Aula des Werner-Siemens-Gymnasiums, Hohenshuldenstraße 47/49, wiederholt. Die beiden weiteren Vorträge finden daselbst am 9. und 14. April statt.

Gegen die Schulreaktion wird die freie Reichsschulenkommision des Bundes entschlossen Schulreformer protestieren, die vom 31. März bis 2. April im Herrenhause in Berlin tagen. Gerade die Art, wie während der Kapp-Tage an den höheren Schulen Jubel und Wirksamkeit für die „technische Nothilfe“, die den Streik bekämpfte, herrschten, wie dort auf die Schüler eingewirkt wurde, wie sogar Schüler „zur Truppe“ herbeigeholt wurden, und sich mit St-Helmen und Handrocken in den Schulen zeigten, gerade dieser Ausdruck des reaktionären Uebermutes und die Uebergriffe gegen schulfortschrittliche Oberlehrer zwingen zu einer Rundgebung gegen den monarchistisch-militärisch autoritären Geist, der sich auf den höheren Schulen ausbreitet.

Der Verband der Freien Volkshäuser veranstaltet am Ostermontag und Osterdienstag, mittags 12 Uhr, in der Philharmonie Konzert mit dem Philharmonischen Orchester unter Leitung von Dr. Fritz Eitner. Mitwirkende: Eusebia Marber (Sopran), Professor Carl Fleisch. Zur Aufführung gelangen: Weber's Cavertüre zur Oper „Abu Hassan“, Mozart's Violinsonate A-Dur und die 4. Sinfonie von Gustav Mahler für Orchester und Sopran solo.

Deutsches Theater. Von einer Reihe Bearbeitungen, Entwerfen über Dramen, welche Hugo v. Hofmannsthal unter anderem hat, spielt das „Deutsche Theater“ am Sonntagabend eine Bearbeitung des Lustspiels „Dame Rakola“ im Reizmak des Originals.

Die Putschisten in den Gemeinden.

Groß-Berlin.

Als Kapp und Lüttich am 18. März ihre Herrschaft ausüben, bestreiten sich die in den Gemeindeverwaltungen sitzenden Reaktionsäre, ihnen hilfsreiche Hand zu reichen und die Arbeit zu erleichtern. Jetzt, nachdem der Putsch fehlgeschlagen, will es natürlich keiner gemessen sein; aber es ist noch mit diesen Herren abzurechnen, und zwar gründlich. In verschiedenen Gemeinden hat die Abrechnung begonnen.

In Charlottenburg

Am es in der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu heftigen Angriffen auf den Oberbürgermeister Dr. Scholz. Stadtdirektor Müller begründete eine Anfrage der Sozialdemokraten, in welcher Weise der Magistrat gegen die Beamten vorgegangen wäre, die sich als Zeitfreiwillige in den Dienst der Putschregierung gestellt hätten. Es handelte sich um Gartenbau- und Bauamt, sowie um die Beamten des Bauamtes. Die Beamten hätten nicht im Zweifel sein dürfen, daß sie sich als Zeitfreiwillige zu Helfershelfern der Putschisten machten. Vorsichtiger hätten sich die Einwohnerwehren benommen, aber ihre Neutralität wäre nur ein Ausmaß gewesen. Was sagt der Magistrat dazu, daß Schul- und Bauamt in Charlottenburg die Schüler aufforderten, sich als Zeitfreiwillige in den Dienst der Putschregierung zu stellen? Was sagt er dazu, daß das sogenannte Schutzregiment 28 Fortschreiber der Gendarmen unter Androhung des Standrechts aufgeföhrt habe, die Arbeit wieder aufzunehmen? Der Magistrat soll sich mit der Frage beschäftigen, gegen den sozialdemokratischen Stadtrat Weber ein Disziplinarverfahren einzuleiten, weil er häßliche Anspielungen auf Generalstreik aufgeföhrt hat. Oberbürgermeister Dr. Scholz hätte sich nicht geschämt, seine Beamten vor dem Generalstreik zu warnen, selbst vor einem Streik auf seine Untergebenen sei er nicht zurückgeschreckt. Es sollen sogar Listen darüber geführt worden sein, welche Beamten während der Eireiwehre gefehlt hätten. Durch dieses Verhalten habe er den Vorwurf auf sich geladen, daß er den Gewaltstreik der Hochverräter unterstützt und der Stadt einen schlechten Dienst geleistet habe. Es hätte sich gezeigt, daß es ein Widerspruch sei, wenn eine demokratische Stadt einen deutschnationalen Oberbürgermeister bestimme.

Oberbürgermeister Dr. Scholz erklärte darauf, daß die beiden häßlichen Beamten nur ihre Pflicht getan hätten; es sei ihnen kein Vorwurf gemacht. Bezüglich der gleichfalls gefügten Besetzung des Rathhauses durch die Einwohnerwehren betonte er, daß er den Schutz des Rathhauses durch die Einwohnerwehren nicht herbeigerufen habe und sich lebhaft bemüht hätte, die Leute wieder zu entlassen, was ihm erst am Mittwoch gelungen wäre. Ein Disziplinarverfahren gegen den Stadtrat Weber sei wohl in der Magistratsitzung angesetzt worden, er hätte aber sofort erklärt, daß er nicht daran denke, dem folge zu geben. Allerdings könne man darüber verschiedener Meinung sein, ob es sich gebühre, daß ein Magistratsmitglied gegen den aus der Arbeit der Putschisten des Magistrats häßliche Anspielungen zur Beteiligung am Streik aufgeföhrt. Er habe sofort am 18. März den Putsch aufs schärfste verurteilt und sich gegen die Unruhmotivierung ausgesprochen. Seine Stellung gegenüber dem Generalstreik wäre lediglich der Wunsch seiner Wiedererfüllung als Kommunalbeamter gewesen. Mit dem Ausbruch, wo er nicht mehr Führer seiner Beamenschaft nach freiem Ermessen sein wolle, gebe er den Stadtverordneten das Recht, ihn abzusetzen. Genosse Böhmke in U. S. W. ging mit den Putschisten hart ins Gericht. Er nahm sich besonders die Einwohnerwehren vor und zeigte, welche reaktionäre Einrichtung diese Wehren ist. Der Oberbürgermeister Scholz sei Schrittmacher dieser Elemente. Mit aller Energie müßte gegen diese Helfershelfer der Kapp-Lüttich vorgegangen werden.

Stadtdirektor Müller erklärte Dr. Vorwärts bestätigte den Oberbürgermeister, daß er sofort erklärt hätte, nur Verhältnisse könnten an ein Gelingen des Putsches glauben und meinen, daß man in Deutschland ohne die Sozialdemokratie regieren könne.

Die in der Putschwoche verhafteten sozialdemokratischen Stadtverordneten gaben ihre Erklärung zum Besten. Nach heftigen Angriffen des Stadtdirektors Sellmann auf den Oberbürgermeister, von dem er erklärte, daß er nicht mehr das Vertrauen seiner Gesinnungsgenossen besäße, wurde ein Disziplinarverfahren gegen einen aus 9 Stadtverordneten und 4 Magistratsmitgliedern bestehenden Ausschuss zu wählen, der über alle mit dem Kapp-Lüttich-Putsch zusammenhängenden Vorgänge beraten soll. Er soll auch prüfen, ob der Oberbürgermeister sich der Unterstützung des Putsches schuldig gemacht habe.

In Schöneberg

Die Schöneberger Stadtverordneten eröffneten ihre gestrige Sitzung mit einer Besprechung der Vorgänge während der Kapp-Lüttich-Regierung. Stadtdirektor Sellmann sprach die häßlichen Vorgänge in der Zeit vom 18. bis 20. März. Bei dem eheernden Magistrat für die Opfer dieser Lage dürfe es nicht bleiben. Die Stadt müsse für die Hinterbliebenen sorgen. Aufgabe der städtischen Verwaltung müsse es aber auch sein, dahin zu wirken, daß die Verbrechen rasch die verdiente Strafe erhalten. In Schöneberg soll ein Oberstadtleitender die Soldaten gerufen und um die Besetzung des alten Rathhauses gebeten haben, da sonst der Putsch die Sozialisten führen würde. Es werde eine Untersuchung stattfinden, wie die Verhältnisse sich abgespielt haben. Jedenfalls werde dieser Stadtleitender in eine Affaire verwickelt werden, wo er weiterer Unheil nicht anrichten könne. Die Soldaten hätten den Einwohnern gegenüber Gemeinheiten verübt. Leider habe es der Magistrat an der nötigen Leitung in der schweren Zeit fehlen lassen. Oberbürgermeister Dominicus wußte nicht, wer die Truppen nach Schöneberg gerufen habe; der Delegierte der städtischen Gebilde sei nicht aufgefunden gewesen. Er soll bei dem Tiergartenhörsaal Dienst getan haben. Sehr bedauerlich sei, daß der Magistrat immer noch nicht Zeit gefunden habe, die Beamten auf die neue Verfassung zu vereinigen.

Nach langer Aussprache einigen sich die Parteifractionen schließlich auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Auch in Wilmerdorf wurde die Angelegenheit besprochen. Dr. Holz (Soz.) stellte in mehrstündigen Ausführungen die Liebergriffe der in Wilmerdorf eingeworfenen militärischen Formationen, insbesondere der Einwohnerwehren, die sich Polizeibestimmungen gegen friedliche Einwohner anmaßt. Bürger seien verhaftet, Schulen ihrem eigentlichen Zwecke entzogen und sogar in die Kaserne verbracht worden. Man müsse fordern, daß die Einwohnerwehr sämtliche Waffen abgeben (Noch nicht; sind schon verstreut). Eine Reorganisation der Einwohnerwehr sei unter allen Umständen notwendig. Der Magistrat habe nicht zur Verfügung gelassen und sich der Willkür bedingungslos unterworfen. Der Oberbürgermeister habe jeden seiner Beamten für einen Schuft erklärt, der die Arbeit niederlege. Nichts anderes seien doppelt bezahlt worden. Man müsse erwarten, daß der Oberbürgermeister auf seiner passiven Resistenz gegenüber allen Anträgen aus Abordnung keine Konzessionen ziehen werde.

Die Sozialdemokraten brachten zusammen mit den Unabhängigen und Demokraten einen Antrag ein, nach dem ein Untersuchungsausschuss von 13 Stadtverordneten und 1 Magistratsmitgliedern zur Vernehmung und Bestrafung aller am Putsch Beteiligten eingesetzt werden solle, damit endlich die Sache in die Pärgerhände zurückkehre.

Oberbürgermeister Habermann äußerte aus, daß er nur seine Pflicht getan und gemäß dem Vorbeide des Berliner Oberbürgermeisters die Beamten zur Weiterarbeit aufgefordert habe, damit der Putsch keine Nachteile erwachse.

In Lichterberg

Die Lichterberger Stadtverordneten gaben den Oberbürgermeister Marsch, der sich offen den Putschisten zur Verfügung gestellt habe und forderten seine Verhaftung.

Bestialitäten des Standgerichts in Königs-Wusterhausen.

Der rechtssozialistische Abg. Richard Fischer hat in der Nationalversammlung folgende Anfrage gestellt:

Ist der Reichsregierung bekannt, daß in der Sitzung des militärischen Standgerichts in Königs-Wusterhausen am 18. März d. J. der verhaftete Schlosser Franz Fischer aus Schenklensdorf in Gegenwart der Standrichter oder sogar auf deren Verwehler Zweck Erpressung von Gefährdungen von Soldaten auf den Tisch geworfen, von je zwei Soldaten an Händen und Füßen gehalten und dann mit Gummiknüppeln mißhandelt und seine Schreie von einem unter dem Tisch postierten Soldaten mit Faustschlägen gegen das Anis zum Schweigen zu bringen versucht worden ist?

Ist ihr weiter bekannt, daß die Prozedur nach jeder Weigerung mit dem Befehl: „25!“ — „50!“ so lange wiederholt worden ist, bis der Gefangene nach 200 Schlägen halb bewusstlos und ohnmächtig „ach!“ Auf Grund dieser „Gefährdungen“ wurde der feldermännliche Gefangene zum Tode verurteilt, obgleich sogar der ihm gefesselte Offizierverwehler mangelndes Zeugnis der Beweise die Freisprechung beantragt hatte. Vor der Gerichtsbar wurde der Verurteilte von dort befindlichen Soldaten weiter geprügelt, nachdem er schon beim ersten Verhör um Mitternacht gleichfalls in Gegenwart der Verhörenden Offiziere, ebenfalls mit Gummiknüppeln die ersten 100 Schläge erhalten hatte und dann zu den übrigen Gefangenen in den von Schmutz starrenden Keller geworfen worden war. Auch die anderen sechs zum Tode Verurteilten sollen mißhandelt worden sein.

Ist die Reichsregierung bereit, diese Standrichter ungekürzt zur Verantwortung zu ziehen und ihre Namen bekanntzugeben?

Seitdem in Preußen durch Friedrich II. die Tortur abgeschafft wurde und auch im übrigen Deutschland die Organelterung verabschwanden, ist es nicht vorgekommen, daß in Deutschland „Gefährdungen“ durch Mißhandlungen erprecht wurden. Die Wiedererfüllung dieser barbarischen Maßnahme blies den „verfassungsfreuen“ Truppen der deutschen Republik vorbehalten, die sich auch hierin als gelehrtge Schüler der ungarischen Reaktion gezeigt haben. Es braucht kein Wort darüber verloren zu werden, daß diese Standrichter ungekürzt verhaftet und aus der Welt geschafft werden müssen.

Der neue Kommandeur der Sicherheitspolizei.

Major Kaupisch ist zum Kommandeur der Berliner Sicherheitspolizei ernannt worden. Herr Kaupisch hat sich bei der Vernehmung der holländischen Werkschmiedler sehr verdient gemacht, aber er konnte leider nicht durchdringen, weil die Herren um Lüttich ihm zu große Widerstände entgegensetzten. Diese Leute haben es auch zustande gebracht, daß Herr Kaupisch durch einen anderen Stadtkommandanten ersetzt wurde. Außerdem schickten die Lütticher ihre Schergen hinter ihm her, auf offener Straße wurde ein Anschlag gegen ihn verübt, das glücklicherweise verfehlt wurde.

weise schickung. An der Spitze beteiligte sich an herbeizogender Stelle — der berüchtigte Oberst Bauer.

Herr Kaupisch wird eine Kleinausgabe zu demütigen haben, wenn er aller reaktionären Gewalten, die in der Sicherheitswehr ihr Unwesen treiben, Herr werden will. Aber er wird der Sympathien der Berliner Bevölkerung sicher sein, wenn er ganze Auskehr hält. Es befinden sich bei der Sicherheitspolizei schwer kompromittierte Männer. Zu den Leuten, die in den letzten Tagen genannt worden sind, wollen wir heute nur noch den Offiziersstellvertreter Lamisch nennen, einen vorbestraften Verbrecher, der unter Reinhardt und Keffeld Oberleitung die Genossen Doranbach und Joghies ermordete, für seine Verdienste zum Leutnant befördert wurde und von der Koffelt seiner Gesinnung in den letzten Tagen wieder ein deutsches Zeugnis ablegte, als er bei der Mißhandlung der Gefangenen in der Elisabethkaserne in Charlottenburg die Hauptrolle spielte.

Der Staatsstreik in Dänemark.

Ein Ultimatum der Gewerkschaften.

Kopenhagen, 30. März. Die Ministerkammer ist zustandgebracht. Staats- und Justizminister ist der Anwalt am höchsten Gericht Viede. Das Ministerium ist ein reines Fachministerium; seine Mitglieder sind bisher sämtlich nicht in entschiedener Weise politisch hervorgetreten.

Die Gewerkschaftsausschüsse der beteiligten Gewerkschaften, des sozialdemokratischen Verbandes und der Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter in Kopenhagen sowie Repräsentanten der Reichstagsgruppe und der Gruppe innerhalb der Stadtverordnetenversammlung hielten Montag abend eine Versammlung ab, in der eine Entschlieung angenommen wurde, die aus Anlaß der Verabschiedung des Ministeriums durch den König verlangt, daß die Verfassung des Landes respektiert, daß das vom König verabschiedete Ministerium wieder eingesetzt und der Reichstag einberufen wird, um das Wahlgesetz fertig zu behandeln.

Wenn diesen Forderungen bis heute, Dienstag, 9½ Uhr nicht nachkommen ist, soll einer Versammlung der vereinigten Gewerkschaften der Vorschlag auf sofortigen Eintritt in den Generalstreik in allen Zweigen des Wirtschaftens gestellt werden. Eine Deputation hatte gestern abend um 11¼ Uhr Austritt beim König, um die Entschlieung zu überbringen. Der König versprach, innerhalb der genannten Zeit Antwort zu geben. Es wurde ein Aktionsauschuss eingesetzt, um die eventuell nötigen Schritte zu beraten.

Zur Auffandsbewegung in Polen.

Aus dem oberösterreichischen Industriegebiet wird und geschrieben, daß die Nachrichten bürgerlicher Blätter aus Breslau und des W.T.K. über eine Auffandsbewegung übertrieben sind. Die Nachricht, daß sich in Warschau und im polnischen Industriegebiet Sowjets gebildet hätten, behält sich nicht.

Der Zweverband lebt noch.

Der Zweverband Groß-Berlin ist die einzige Behörde, die sich noch aus der Zeit vor der Revolution erhalten hat, die auf Grund des alten Dreiklassenwahlrechts und in indirekter Wahl hervorgegangen, in die heutige Zeit hineintragt. Weil man hofft, in Bälde ein Groß-Berlin zu erhalten, in das der Zweverband aufgehen soll, hat man an diesem reaktionären Gebilde nichts geändert. Und weil Groß-Berlin auf sich warten läßt, arbeitet dieser Zweverband ruhig weiter.

Selbstern sollte er über die neuen Tarife der Straßenbahn Beschlüsse fassen. Weil aber die Vorklagen den Mitgliedern erst in den letzten Tagen zugestellt werden konnten, verlagte sich die Versammlung bis Mittwoch.

Nach Lage der Dinge werden wir kaum um den 50-Pfennig-Tarif herumkommen. Es ist angeregt worden, einen Teilsprekendarif einzuführen. Das bedarf aber eingehender Prüfung. So richtig es ist, Leistung und Gegenleistung in ein angemessenes Verhältnis zu bringen, so sehr bedarf die Einführung eines Teilsprekendarifs in Groß-Berlin sehr genauer Erwägung. Die Sache hat ihre zwei Seiten.

Die Tarifgestaltung im Verkehrswesen steht mit der Wohnungsfrage und dem Siedlungsweisen in engem Zusammenhang. Was nützt die beste Siedlungspolitik in der Umgegend Berlins, wenn die Verkehrsgelegenheit schlecht und teuer ist.

Technisch liegt die Sache auch nicht so einfach. Das Jahrespersonal erklärt, daß bei der heutigen Ueberfüllung der Wagen die Fahrkarteausgabe und die Kontrolle gar nicht durchführbar sei, da jeder Fahrgast getragen werden muß, wie weit er fahren will. Wiebe nur der Ausweg, anstatt einen Schaffner deren zwei für einen Wagen anzustellen. In diesem Falle aber steigen die Personalkosten, die wieder auf den Tarif erhöhend einwirken. Das Publikum geht dann des Vorteils verloren, den ein Teilsprekendarif bringen soll. Mehr als 60 Prozent der Fahrgäste benutzen längere Touren. Der Fahrgast würde auch dann nicht viel unter 50 Pfennig bezahlen, dagegen müßten alle, die längere Strecken benutzen, erheblich höher belastet werden. Das sind aber in der Hauptsache Arbeiter und Angestellte, die von entfernter gelegenen Vororten nach Berlin fahren oder umgekehrt; man denke nur an die Laufende, die von Neukölln nach Berlin oder die von Berlin nach Tegel und anderen Orten fahren. Der kleine Vorteil, der auf der einen Seite ergibt wird — wenn es überhaupt technisch möglich ist — wird auf der anderen Seite doppelt und dreifach aufgewogen werden. Besser wird es erst werden, wenn der Betrieb der Straßenbahn voll ausgenutzt werden kann. Das wird aber nur möglich sein, wenn der Betrieb wieder über genügend Strom verfügt. Immerhin muß die Angelegenheit im Auge behalten werden. Etwas anders steht es mit der Umsteigerechtigung, wie sie in anderen Städten längst besteht. Hiergegen wird eingewendet, daß eine Umsteigeberechtigung in Berlin zu größeren Ansammlungen des fahrenden Publikums an den verkehrreichen Stellen führen wird, wie beispielsweise am Alexanderplatz und am Potsdamer Platz. Bei der Ueberfüllung der Wagen sei an diesen Stellen schon heute schwer mitzukommen. Das würde sich bei Gewährung der Umsteigeberechtigung noch steigern. Wir meinen, daß diese Bedenken zwar beachtlich, aber nicht so durchschlagend sind, um die Umsteigeberechtigung nicht einzuführen. Auf manchen Linien besteht sie heute schon. Diesen kleinen Vorteil den Fahrgästen zu gewähren, muß ernstlich angestrebt werden. Ein Ideal wäre es, wenn jeder fahren kann, wann und wohin er will. Zum Vergnügen fahren noch wenige.

Mit wenigen Ausnahmen fährt nur der, der muß. In einer Großstadt ist der Verkehr eine Lebensnotwendigkeit. Dieses Ideal zu erreichen, wird aber noch eine Zeit dauern.

Ansprüche rechtzeitig anmelden!

Nach dem Tumultschadengesetz müssen alle Ansprüche innerhalb vierzehn Tagen bei den zuständigen Magistratsbehörden des Ortes, in dem der Schaden erlitten worden ist, angemeldet werden. Wer diese rechtzeitige Anmeldung unterläßt, geht seines Anspruches verlustig. Wir weisen alle diejenigen, die einen Schaden körperlicher oder materieller Art erlitten haben, nachdrücklich auf diese Bestimmungen hin.

Die Gemeinden sind weiterhin verpflichtet, sofort Vorküsse auf etwaige Ansprüche zu gewähren, um einer unverschuldeten Notlage vorzubeugen. Auch müssen die Gemeinden die Kosten der Bestätigung der Opfer übernehmen.

Nachschuß-Lorbeer.

Wilhelm II. seligen Andenkens pflegte in seinen Regierungszeiten mit Anerkennungen aller Art für seine Günstlinge nicht zu sparen. Ja, er erteilte sogar Nachschuß-Lorbeeren, wie z. B. an den General Waldersee, als dieser seinen berühmten Günstling nach China antrat. Daß er aber auch jetzt noch, nachdem er sich nicht einmal selbst einen Lorbeerkranz ums Haupt winden konnte, Belohnungen, aber auf Kosten des deutschen Volkes, ausstellt, erscheint doch recht sonderbar.

Wie wir erfahren, werden in der Reichsdruckerei in diesen Tagen noch Offizierspatente gedruckt, und zwar sind nicht weniger als 250 000 Stück in Auftrag gegeben worden. Diese Patente tragen folgenden Text:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., haben Uns treuen Dienern in Erwägung seiner treuen Dienste Es ist dies unter Zustimmung aller aus seinem gegenwärtigen Dienstgrade sich ergebenden Berechtigten in dem Vertrauen geschahen, daß er treu seinem Eide die ihm obliegenden Dienstpflichten gewissenhaft erfüllen und sich bei allen Gelegenheiten im Dienste und im Frieden mutig und tapfer verhalten werde. Zu Urkund dessen haben Wir dieses Patent mit Unserem Insegeel bedrucken lassen. So geschehen und gegeben.

Großes Hauptquartier, den Wir möchten hiermit die öffentliche Anfrage richten, ob denn dieser Druckauftrag, der mindestens 10 000 R. Kosten erfordert,

Aus den Organisationen.

17. Bezirk, 1. Abteilung, Mittwoch, den 31. März, abends 7 Uhr in der Schulaula der 188. Gemeindefschule, Rubenplatz, 5/7. Tages- und Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.

Bereinstander.

Zentralverband der Angestellten, Vorversammlungen am Mittwoch, den 31. März, Podgruppe 7 (Angestellte der Kauf- und Warenhäuser).

Aus dem Gemeindeleben.

Lichtenberg. Eine außerordentliche Stadtbewirtschaftung fand gestern statt. Ihr Hauptzweck war, den kommunalen Steuer-

mit Wissen des Abgeordnetenvereins erzielt ist. Wir sind der Meinung, daß unsere Finanzlage und doch zu größter Sparsam-

Arbeiterbildungsschule. Die Kurse des Genossen Triebien und Herz können erst nach Ostern fortgesetzt werden.

Der Tuberkuloseforscher Dr. Fr. Friedmann hat, wie wir hören, in Berlin-Vierfeld ein Grundstück erworben, um hier ein Institut zur Behandlung aller möglichen Formen der Tuberkulose zu schaffen.

Das Charlottenburger Kleingartenamt erteilt Montags, Donnerstags und Sonnabends von 12 bis 8 Uhr Auskunft in Kleinartenangelegenheiten im Dienstgebäude Südkower Straße Nr. 9 II, Zimmer 41.

NeuWAn. Die von der Stadtbewirtschaftung im allen Rathaus, Berliner Straße, Erdgeschoss, Zimmer 463, eingetragene Ausschuss- und Beschlusseinstellung ist von jetzt ab jeden Mittwoch, abends von 5-7 Uhr, geöffnet.

Fünf weitere Opfer der Gasvergiftungen. Im Laufe des gestrigen Tages wurden wieder fünf Gasvergiftungen festgestellt, deren Opfer nicht mehr zu retten waren.

U. S. P. D. Treptow-Baumkrieweg.

Öffentliche Volksversammlung am Dienstag, den 30. März, abends 6 Uhr in Brauns Gesellschaftshaus, Bf. Treptow.

Wach- und Schließangestellte. Donnerstags, den 1. April, morgens 9 Uhr, im großen Saal des Gemeindefischhauses, Angerstr. 10.

Branchen-Versammlung aller Richter, Wärdinnen, Oberbühnen, Kontrolleure, Oberintendanten und Besondere.

Haut-, Horn-, Geschlechts- Unterleibsleiden bei Männern und Frauen werden schnell und gründlich mit seit über 20 Jahren von mir ersonnenen, bewährten und wissenschaftlich anerkannten Heilmitteln mit gutem und dauerndem Erfolge behandelt.

Prozesse, Alexanderstr. 45. Rat, Beistand, eilf. freie, telefonisch, etc. Anwalt, Rechtsanwalt, etc.

U. S. P. D. Kiel sucht einen Parteisekretär. Reflektiert wird auf einen Genossen, der rednerisch berähigt ist und über gutes organisatorisches Talent verfügt.

Gewerkschaftssekretärin gesucht! Zur Organisation der Arbeiterinnen und zur Führung unserer 10000 freierwerblich organisierten Kolleginnen suchen wir eine rednerisch begabte erste Kraft.

K. Welsand Reinickendorf-West, Scharnweberstr. 118 zahlt die höchsten Preise für alle Sorten Metalle und Altsilber.

Achtung! Abonnenten Lichtenberg Die Spedition ist verlegt von Oderstr. 4 nach Weichselstr. 28.

Kupfer, Messing, Zinn, Sämtl. Metalle, Quecksilber, Platin, Gold-, Silber-, Abfälle, Zahngebisse. kauft zu riesig hohen Preisen in unseren 6 Einkaufsstellen.

Rrrrrrrrr! Abgeplattete, sowie zerbrochen Gramophonplatten. kauft jeden Posten 18 Mark das Kilo.

Alt-Metalle, Engrosverwertung, Metalle, Kupfer, Zinn, Zink, Blei, usw. kauft höchste Preise.

Minna geb. Zabel, Dankungsgeld, Kupfer, Messing, Zink, Blei, Gozdek & Stormann, Damenkleider, umgepresst.

Der richtige Weg für Angebot und Nachfrage sind die kleinen Anzeigen der Abend-„Freiheit“.

Verkaufe, Fried's Ausstattungs-Atas, Köpenicker Straße 101, Jäckeltanzhose, Leihhaus Moritzplatz 38a, Covercoat, Tülldecken, Gärten, Möbel.

Rehfeld, Badstr. 34, Platineabfälle, Zahngebisse, Metallschmelze, Metallanker, Goldbruch, Metallschmelze, Zahngebisse, Metallanker, Goldbruch, Metallschmelze.

Kupferleitungen, Litzen, Spulendrähte, Dynamodrähte, Spulen, Kupferdrähte, Kabel, Schnellendraht, Leim, Schellack, Leim, Schellack, Leim, Schellack.

Rechtsanwalt, Fahräder, Unterriech, Arbeitsmittel, verschiedene, Rechtswort, Damen- und Herrenhüte.